KANTON AARGAU

GROSSER RAT

Sitzung vom 11.12.2018, Art. Nr. 2018-0976, romm/eb

PROTOKOLL

(18.210-1) Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG); Änderung; Bericht und Entwurf zur 1. Beratung; Eintreten, Detailberatung und Gesamtabstimmung; Abschreibung 17.167 Motion Edith Saner vom 27. Juni 2017

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 19. September 2018 samt den abweichenden Minderheitsanträgen der nichtständigen Kommission NIKO KBüG vom 9. November 2018. Der Regierungsrat stimmt den abweichenden Minderheitsanträgen teilweise zu.

Die nichtständige Kommission NIKO KBüG beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen. Namens der vorberatenden Kommission referiert deren Präsidentin Elisabeth Burgener, Gipf-Oberfrick.

Eintreten

Für die Fraktionen referieren: CVP, Edith Saner, Birmenstorf; SP, Claudia Rohrer, Rheinfelden; Grüne, Kim Schweri, Untersiggenthal; GLP, Adrian Bircher, Aarau; EVP-BDP, Lilian Studer, Wettingen; FDP, Stefan Huwyler, Muri; SVP, Christoph Riner, Zeihen.

Für den Regierungsrat nimmt Landstatthalter Dr. Urs Hofmann Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG)

I., § 6 (aufgehoben)
Zustimmung

§ 6a
Eine Minderheit der NIKO KBüG beantragt, auf eine zweite Beratung sei eine sprachliche Überprüfung des Paragraphen 6a insbesondere von Absatz 1 sowie Absatz 4 vorzunehmen.

Der Prüfungsantrag wird in der Abstimmung mit 67 gegen 64 Stimmen angenommen.

§ 6a Abs. 1–3
Zustimmung

§ 6a Abs. 4
Es liegen folgende Anträge zu Abs. 4 vor:

1. Eine Minderheit der NIKO KBüG beantragt, die Fassung des Regierungsrats wie folgt zu ergänzen: Die Grundkenntnisse der geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Gemeinde können anlässlich des Einbürgerungsgesprächs *verhältnismässig* überprüft werden.

2. Eine Minderheit der NIKO KBüG beantragt Abs. 4 wie folgt zu formulieren: *Die Gemeinden können die staatsbürgerlichen Grundkenntnisse auf Stufe der eigenen Gemeinde im Einbürgerungsgespräch prüfen. Sofern sie von diesem Recht Gebrauch machen, sind die zu erwartenden Themen den Einbürgerungswilligen zugänglich zu machen*.

Abstimmung (Gegenüberstellung):

Fassung gemäss Entwurf Regierungsrat	98 Stimmen
Ergänzte Fassung gemäss Minderheitsantrag 1	34 Stimmen

Hauptabstimmung:

Fassung gemäss Entwurf Regierungsrat	97 Stimmen
Neuformulierung gemäss Minderheitsantrag 2	36 Stimmen

Damit wird die Fassung gemäss Entwurf des Regierungsrats gutgeheissen.

§ 9 Abs. 2

Eine Minderheit der NIKO KBüG beantragt Abs. 2 wie folgt zu ändern: Wer in den *fünf* Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die bezogene Sozialhilfe wird vollständig zurückerstattet.

Der Regierungsrat stimmt dem Minderheitsantrag zu.

Lelia Hunziker, Aarau, beantragt namens der SP-Fraktion, geltendes Recht (drei Jahre) beizubehalten.

Abstimmung (Gegenüberstellung):

Fassung gemäss Entwurf Regierungsrat (zehn Jahre)	74 Stimmen
Minderheitsantrag NIKO KBüG (fünf Jahre)	59 Stimmen

Hauptabstimmung:

Fassung gemäss Entwurf Regierungsrat (zehn Jahre)	81 Stimmen
Antrag SP, Lelia Hunziker, Beibehaltung geltendes Recht (3 Jahre)	50 Stimmen

Damit wird die Fassung gemäss Entwurf des Regierungsrats gutgeheissen.

II. Keine Fremdänderungen, III. Keine Fremdaufhebungen, IV. Zustimmung

Anträge gemäss Botschaft

Antrag 1 wird in der Gesamtabstimmung mit 82 gegen 46 Stimmen gutgeheissen.

Antrag 2 wird in der Abstimmung mit 123 gegen 2 Stimmen gutgeheissen.

Beschluss

1.

Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) wird in 1. Beratung – wie aus den Beratungen hervorgegangen – zum Beschluss erhoben.

2.

Der folgende parlamentarische Vorstoss wird abgeschrieben:
(17.167) Motion Edith Saner, CVP, Birmenstorf (Sprecherin), und Susanne Voser, CVP, Neuenhof, vom 27. Juni 2017 betreffend Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG)

Dr. Bernhard Scholl
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Departement Volkswirtschaft und Inneres
Rechtsdienst Regierungsrat (Publikation)